

Neue Tageszeitung

„Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag, Regelmäßige Beilagen „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnstube“. Bezugspreis: Bei den Postanstalten vierteljährlich Mk. 1,50 bei den Agenten monatlich 50 Pf. Hinzu tritt Postgebühr oder Trägertlohn. Inzeigen: Grundzeile 20 Pfg., lokale 15 Pfg., Anzeigen von auswärts werden durch Vorkaufnahme erhoben. Erschließungsort Friedberg. Schriftleitung und Verlag Friedberg (Hessen), Danauerstraße 12, Fernsprecher 48, Postfach-Conto Nr. 453, Post Frankfurt a. M.

Übersicht.

Dem Erbauer des Väterdenkmal, Geh. Hofrat Clemens Thieme, der seinerzeit den roten Adlerorden vierter Klasse erhalten, aber zurückgewiesen hatte, ist der rote Adlerorden dritter Klasse mit der Krone verliehen worden.

Gestern früh wurde im Hofe des Zentralgefängnisses in Kollbus die Witwe Wianna Köferig aus Dreßlau, die am 28. Juni vorigen Jahres vom Landgericht Kollbus wegen Ermordung des mit ihr in wilder Ehe lebenden Arbeiters Karl Fröhlich zum Tode verurteilt worden war, hingerichtet.

In Luccenburg bei Langendrover ereignete sich gestern normittags gegen 1/2 Uhr ein schweres Explosionsunglück. Eine Ladung Dynamit lag aus bisher unaufgeklärter Ursache in der Luft. Bei dem Unglück sollen, wie jetzt feststeht, drei Personen getötet worden sein.

Der heute in Wien eintreffende türkische Finanzminister Dschawid Bei wird sich dort mehrere Tage aufhalten und in dieser Zeit auch eine Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen, Grafen Berchtold, haben.

Die Antworten der Treibmächte auf die Vorschläge Sir Edward Grey werden heute von den Vorkämpfern in London überreicht. Diese Antworten werden, wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin gemeldet bekommt, in ihrem Wortlaut nicht identisch sein, sie stimmen aber in der Sache überein, indem sie ein weitgehendes Entgegenkommen für die Vorkämpfer Grey in der Inselfrage enthalten.

Die türkische Regierung hat das türkische Kriegsschiff „San Mecid“ angekauft. Die erste Rate der Kaufsumme wurde gestern bezahlt.

Wichtige Goldfelder sind auf der Halbinsel Krasnojarsk in der Nähe des Weltkollens im asiatischen Rußland am Veringmeer entdeckt worden. Im Durchschnitt werden durch Bohren aus circa 1600 Kilogramm Erde 50 Gramm Gold erzielt.

Im Verlaufe des gestrigen Abends wurde der Generalstreik in Johannesburg erklärt. Der Premierminister für die südafrikanischen Kolonien Groß-Britanniens, Botschafter, erhielt von der kaiserlichen Regierung die Befugnis, sich im Bedarfsfalle der kaiserlichen Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu bedienen.

Angesichts der äußerst bedrohlichen Lage im Streit-afrika ist nimmehr der Belagerungsstand über die südafrikanischen Kolonien verhängt worden.

Einige Beispiele zur Wehrbeitragsabgabe.

Wir haben in den beiden letzten Nummern das Wehrbeitragsgesetz erläutert. In der heutigen Nummer ergänzen wir diese Ausführungen durch einige Beispiele. Voraussetzungen wollen wir, daß es zulässig erachtet wird, den Ertragswert aus den ortsüblich gezahlten Vorkaufspreisen festzustellen. Wir haben in allen Fällen einen Ertragswert von 50 Mark pro Morgen angenommen, der natürlich nach örtlichen Verhältnissen verschieden angesetzt werden wird.

Beispiel A.

Einkommen 1800 Mark	
Vermögen: 20 Morgen, Ertragswert 50×25	
= 1200 × 20 = 25000 Mk.	
Wertpapiere	3000 „
Guthaben bei der Kasse	2500 „
	30500 Mk.
daneben ab Schulden	11000 „
bleibt Vermögen	14500 „
bleibt frei von Wehrabgabe, weil das Einkommen unter 1800 Mark.	

Beispiel B.

Einkommen 2400 Mark	
Vermögen: 28 Morgen, Ertragswert 50 Mk.	
50×25 = 1250×28	35000 Mk.
1 Haus das vermietet ist zu jährlich 200 Mk.	×25 5000 „
	12000 „
Wertpapiere	5000 „
Bankguthaben	5000 „
Ausstehende Darlehen	2.000 „
Lebensversicherung (wovon bereits eingezahlt 3000 Mk.) mithin 1/2, d.h. der Summe 2000	
	61000 Mk.
Hypothekenschulden ab	16000 „
mithin steuerbar	45000 Mk.
Berechnung:	
Einkommen: steuerfrei, weil unter 5000 Mk.	
Vermögen: 0,15%, von 45000 Mark = 67,50 Mk.	

Beispiel C.

Einkommen: 2400 Mark	
Vermögen: 14 Morgen	20000 Mk.

Wertpapiere	10000 „
Guthaben bei der Bank	3000 „
	33000 Mk.
abzgl. Schulden	8000 „
Wehrabgabefrei	25000 Mk.
weil bei einem Einkommen von über 2000 bis 4000 Mk. die Steuergrenze des Vermögens erst mit 30000 Mk. beginnt.	

Beispiel D.

Einkommen 2900 Mark.	
Vermögen: 44 Morgen à 1250	55000 Mk.
2 Häuser vermietet zusammen 500 Mk. Miete	
500×25	12500 „
	25000 „
Wertpapiere	10000 „
Bankguthaben	5000 „
Ausstände (Darlehen)	1200 „
Barbestand	10.700 Mk.
	30000 „
abzgl. Hypothekenschuld	7500 „
	75000 Mk.

Berechnung: Einkommen: frei.

Vermögen:	
0,15%, 50000 Mark = 75 Mk.	
0,35%, 28700 „ = 100,45 „	
	175,45 „

Beispiel E, (Nachgu!)

Einkommen: 7500 Mark	
Betriebskapital: 15 Pferde	10000 Mk.
70 Kühe	35000 „
110 Schweine	9000 „
Vorräte an Frucht und Kartoffeln	19000 „
Wagen, Maschinen und Geräten	30000 „
	103000 Mk.

Vermögen:	
Wertpapiere	25000
Ausstände	5000
Bankguthaben	10000
Barbestand	1000
	41000 Mk.
	144000 Mk.

ab Schulden an Vieh- und Pferdehändler	8000
Futtermittelhändler	3000
sonstige	5000
	16000 Mk.
	128000 Mk.

Berechnung:	
Vermögen: 0,15%, 50000 Mk. = 75 Mk.	
0,35%, 78000 „ = 273 „	
	348 Mk.

Einkommen:	7500 Mk.
ab 5% aus Vermögen 6400 „	1% 11 „
gen 128000 Mk.	1100 „
	350 „
Es kommt noch in Betracht, daß Ermäßigungen stattfinden.	

1) Angenommen Beispiel B. Der Wehrer hat 4 Kinder für das dritte und vierte Kind je 5%, also 10%, ab. Er hat zu bezahlen nach unserer Berechnung 67,29 Mk. ab 10% = 6,70 „

Mithin hat er nur 60,59 Mk. Wehrbeitrag zu zahlen.

2) Derselbe Wehrer hat einen 60jährigen in Auszug lebenden Vater an Leibrent, Kleidung und Taschengeld, er hat dieser 6000 Mark pro Jahr. Bei einem Alter von 60 Jahren wird diese Summe mit 8%, multipliziert = 51000 Mk. Diese Summe geht von dem Kapital von 45000 Mk. ab, mithin bleiben nur 30000 Mk. zu veräußern = 59,55 Mark.

3) Bei Beispiel D. Der Wehrer lebt in zweiter Ehe. Von dem vorhandenen Vermögen gehören dem Kind aus erster Ehe: 16 Morgen Land 20000 Mk. Wertpapiere 10000 „

das Vermögen teilt sich demnach in	
eigenes	48700 Mk.
u. das der Kinder aus erster Ehe	30000 „
	78700 Mk.

Berechnung: 0,15%, aus 48700 = 73,05	
0,15%, aus 30000 = 45,00	
	Mk. 118,05

hat 118,05 im Fall D.

Die Berechnung nach dem Ertragswert dürfte sich überall dort empfehlen, wo mit einem baldigen Wechsel nicht gerechnet werden kann. Sobald aber der Landwirt annehmen muß, daß er in den nächsten Jahren sein Besitztum verkaufen, so kann dieser Vorteil in das Gegenteil umschlagen, da vom Jahre 1917 ab, eine Vermögenssteuer erhoben wird, die in ihrer Wirkung weit schärfer ist, als jetzt der Wehrbeitrag. Beispiel: Nehmen wir den Fall B in der Höhe

von Frankfurt und seien das Vermögen nach gemeinem Wert ein.	
Vermögen: 28 Morgen à 3000	84000 Mk.
Wert der Gebäude	20000 „
1 Pferd	1000 „
6 Kühe	3000 „
6 Schweine	500 „
Maschinen und Geräte	4000 „
Vorräte an Frucht und Kartoffeln	1500 „
	114000 Mk.

Dieselbe Wirtschaft (Beispiel B) hätte also bei dem Ansatze des gemeinen Wertes 114000 Mk. statt 35000 Mk. Grund- und Betriebsvermögen. Rechnen wir wie bei Beispiel B, noch 20000 Mk. Kapital dazu = 140000 und bringen 16000 Mk. Schulden in Abzug, so verbleiben steuerbar:

124000 Mk. = 1,5 von 50000 = 75 Mk.	
3,5 von 74000 = 259 „	
	334 Mk.

Der Landwirt hätte also so viel zu zahlen, statt nur 67,29 Mk., die sich nach dem Ertragswert ergeben. Er muß aber folgendes bedenken. Seit er jetzt den Morgen Land nach dem Ertragswert mit 12% Mk. ein und er verkauft nach dem Jahre 1917 beispielsweise 10 Morgen à 3000 Mk. = 30000 Mk., so hat er bei diesem einen Verkauf schon einen Mehrerlös von 17500 Mk. erzielt und er würde dann an Vermögenssteuer vielleicht das Vielfache des jenigen Wehrbeitrages bezahlen, ganz abgesehen von dem, was er noch bei späteren Verkäufen zu zahlen hätte.

Nachschrift: Wir bemerken noch, daß die Finanzämter von Friedberg, Bühlach und Junges bekanntgegeben haben, daß es bei der Wehrbeitragsabgabe genügt, auf die Vermögen der Erklärung ausdrücklich Bezug zu nehmen, sofern eine solche für das laufende oder kommende Steuerjahr gemacht worden ist.

Deutscher Reichstag.

183. Sitzung vom 13. Januar.

Am Ufse des Bundesrats: Niemand.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr und wünscht den Mitgliedern ein glückliches neues Jahr.

Petitionen.

Die Handelskammer in Nürnberg bittet, die Bleistiftindustrie unter diejenigen Gewerbe aufzunehmen, denen für den in ihren Betrieben verwendeten unvollständig vergällten Brauntwein eine Steuererückerstattung von 20 Mk für das Sekstoliter Alkohol gewährt wird.

Die Kommission beantragt Ermäßigung.

Hg. Hebel (kon.) hält es für bedenklich, dem Wunsch der Wittsteller ohne weiteres stattzugeben, da diesen sehr viel andere Industriezweige mit Sonderwünschen nachfolgen würden. Wie sind für Ueberweisung als Material.

Hg. Dr. Südekum (Soz.) ist für den Kommissionsantrag.

Hg. Straß (nat.) schießt sich den Gründen des Hg. Hebel an und ist für Materialüberweisung. Es bleibt aber bei dem Kommissionsbescheid.

Das Reichstagswahlrecht für Frauen.

Der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht richtet an den Reichstag das Gesuch, den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zum Reichstag unter denselben Bedingungen zu verleihen, wie es den Männern zufließt.

Die Kommission schlägt vor, die Petition dem Reichstagskanzler zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Die Konventionen beantragen nun Uebergang zur Tagesordnung, die Sozialdemokraten Verweigerung. Vorsitzender Hg. Schwarz, Schwabmünchen (Zentr.): Der Vorsitz der Kommission ist ein goldener Mittelweg. Wir müssen den Wünschen der Frauen etwas entgegenkommen, sonst bedenklich mit einer Beratung herauf, die schließlich zu englischen Zuständen führen kann.

Hg. Dr. Cohn-Radtsch (Soz.): Der Kommissionsantrag ist ein Fortschritt. Man wirt die Petition nicht mehr in den großen, sondern in den kleinen Ratikerk. Man tid die Forderung des Frauenstimmrechts so gern mit der Forderung ab, die Wahlkonstitution streite den Wüterich von der weiblichen Pflanz, aber auf die Tatsache, daß die Frauen in der Industrie vielfach eine menschenwürdige Tätigkeit ausüben, wird keine Rücksicht genommen. Wenn die Konventionen vor einer Verfassungsänderung zurückweichen, dann können sie ja darauf hinwirken, daß das Frauenstimmrecht durch Kabinettsbescheid eingeführt wird. (Lachen.)

Hg. Dr. Veit (Zentr.): Einen solchen Verfassungsbescheid machen wir nicht mit. Die Frauenkonvention geht oft viel zu weit; ich erinnere an die jedes ständige Gefühl verletzenden Neuerungen im Sinne für Mutterrecht. Wir sind zwar gegen das Stimmrecht der Frauen, wollen aber doch nicht lebhaftes Interesse an den gelassenen Bestrebungen der

Frauenbewegung zum Ausdruck bringen und billigen darum den Kommissionsantrag.

Abg. Dr. v. Grafse (kon.): Im Lande steht man den Wünschen der Frauen feindselig gegenüber. Selbst viele Arbeiter wollen von der Morgensabende des Frauenstimmrechts nichts wissen. Wir sagen den Frauen offen und mutig: Wir sind gegen das Frauenstimmrecht. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Haas (Sp.): Die fortschrittliche Volkspartei ist in der Frauenfrage nicht einseitiger Meinung. Die ausgeprochenen Freunde des Frauenstimmrechts in meiner Partei werden für den Antrag auf Berücksichtigung stimmen, die übrigen, die die Zeit noch nicht für reif für das Frauenstimmrecht erachten, werden dem Kommissionsantrage zustimmen. Ich selbst unterschreibe die Forderungen der Frauen durch aus.

Abg. Dr. Krenzl (Sp.): Die meisten Frauen würden das Wahlrecht als ein Dankeschön betrachten. Die Zeit ist noch nicht gekommen, zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen.

Abg. Meyer-Gesford (natl.): Wir sind in der überwiegenden Mehrzahl für Uebergang zur Tagesordnung. Das Wahlrecht können wir den Frauen noch nicht geben.

Abg. Dr. Weß (Zentr.): Dr. Cohn will durch eine Robi-netterdecker das Frauenstimmrecht einführen. Er hat sich also überaus schnell zum Monarchisten gemauert.

Die Petition wird zur Kenntnisnahme überwiesen. Die postlagernden Sendungen.

Der Böhrner Verband der Männervereine zur Bekämpfung der öffentlichen Unsauberkeit verlangt, daß postlagernde Sendungen stets die volle Adresse des Empfängers tragen sollen. Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Abg. Dr. Maxauer (Zentr.) begründet einen Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung. Gerade die Jugend kommt durch den Mißbrauch mit postlagernden Sendungen in schwere sittliche Gefahren.

Die Petition wird zur Berücksichtigung überwiesen. Der Militärbehörden über Lokale.

Der Gastwirt U. in Burg bei Magdeburg beklagt sich darüber, daß über sein Lokal der Militärbehörden verhängt worden sei, weil er vor der Wahl eines konservativen Kandidaten gewarnt habe.

Abg. Hehle (Soz.): Hier handelt es sich wieder um eine Maßnahme des Militarismus wie in Zabern.

Generalmajor Bild von Hohenborn erklärt, daß der Vorfall schon seit dem Juli 1912 aufgehoben sei. Der Vorfall ist nur verhängt, wenn Schädigungen für die Militärdisziplin gefährdet werden. Die politische Meinung des Wirts ist uns gleichgültig. Es wird auch kein Lokal verboten, weil der Wirt Sozialdemokrat ist.

Abg. Schöpslin (Soz.): Wir werden beweisen, daß die Praxis ganz anders ist.

Ueber die Petitionen wird zur Tagesordnung übergegangen. Einige Petitionen werden als Material überwiesen.

Mittwoch 1 Uhr: Petitionen. — Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

2 Sitzung, 13. Januar, 10 Uhr.

An Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg, Dr. Lenge, v. Falkow, v. Breitenbach, v. Trost zu Solz, Rybow, v. Schorlemer.

Die Wahl des Präsidiums.

Das bisherige Präsidium, Graf v. Schwerin-Löwit, Dr. Parsch und Dr. v. Krause-Königsberg wird durch Jaruf wieder-jetzt.

Zu Schlußführern werden durch Jaruf gewählt: die Abgg. Schulze-Petersen und v. Menden (kon.), v. Vorn-Stormann und v. Plattwell (kon.), Rygban (Sp.), Dr. Köchling (nl.), v. Sagen und Jähert.

Die erste Lesung des Etats.

Es findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt, bei der die Frage der Verbesserung der Dienstentlohnungen von Beamtenklassen ausschaltet wird.

Abg. Windler (kon.): Mit diesem Bewahren haben wir von den schweren Schäden vermerken die durch elementare Ereignisse an der Offizielle hervorgerufen worden sind. Wir erwarten, daß die Regierung rasch und reichlich hilft. Das Haus will gern alles Notwendige bewilligen. (Zustimmung.) Mit den Ausführungen des Finanzministers über den Wehrbeitrag sind wir im allgemeinen einverstanden. Wir bitten aber dringend, die Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung wesentlich zu verlängern. Mit den Ausführungen des Finanzministers über die Besitzsteuer im Reichstag sind wir nicht einverstanden. Man hat hier eine Bahn beschritten, die zu einem verwerflichen Ziele führen muß. Die direkten Steuern müssen dem Bundesrat vorbehalten bleiben, im Interesse der Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Bundesstaaten. Bedauerlich ist die Passivität der Regierung, die ruhig zuseht, wie im Reichstage gewisse Kräfte an der Arbeit sind, um die Rechte des Reichstages zu ermitteln auf Kosten der Regierung und der monarchischen Autorität. Wir sehen auch keine Gegenaktion der Regierung gegen die sozialdemokratische Gefahr und gegen die Verhinderung in den gefährdeten Grenzgebieten des Reiches. Der provisorische Charakter der Steuerzuschläge darf nicht vernachlässigt werden. Wenn ich auch nicht sagen will, daß wir sie jetzt schon für überflüssig halten. Notwendig ist eine bessere Behandlung der Alpenzone. Ferner bedarf die Landwirtschaft noch wie vor der größten Fürsorge der Regierung. Eine Arbeitslosenversicherung würde zu weit führen. Schließlich müssen wir mit Rücksicht eine entgeltliche Regelung der Besoldungsverhältnisse der Volksschullehrer in den städtischen Provinzen verlangen. Jetzt werden die kleineren Gemeinden durch die Volksschullehrer viel mehr belastet als die großen. (Beif. links.)

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg: Auch ich halte, rein akademisch betrachtet, die Durchführung der Arbeitslosenversicherung in absehbarer Zeit für unmöglich. Der Vorredner hat jedoch meine ganze Stellung einer Kritik unterzogen. Gegen allgemein gestellte Bemerkungen, wie Passivität, lege ich Verwahrung ein. Daß die Vermögenswachststeuer eine Last ist, die von den Einzelstaaten sehr schwer zu tragen ist, darüber herrscht wohl niemand ein Zweifel. Die Frage ist nur, ob das Reich auf andere Weise seinen zwingenden Geldbedarf decken konnte. Schon 1908 und 1909 glaubten die Verbündeten Regierungen die erforderlichen Mittel nicht lediglich aus direkten Steuern herauslösen zu können, sondern den Beschlag treffen zu müssen, und zwar auf demselben Gebiet, das bereits 1906 angefaßt war. Die von den Verbündeten Regierungen vorgeschlagene Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Descendenten fand keine Annahme im Reich. Ich habe immer diesen Wendepunkt der Dinge für einen verhängnisvollen gehalten. (Sehr richtig! links.) An der Tatsache kommen wir nicht vorbei, daß die Ablehnung der Erbschaftsteuer den Andrang auf Reichsbesitzsteuern vergrößert und leider vielleicht sehr vergrößert hat. Auch die konservative Partei des Reichstages hat für den Antrag Bassermann-Ergebiger gestimmt. (Sehr richtig! links) der eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer im Reich gefordert hat. Angesichts dieser Situation waren doch die Verbündeten Regierungen, als die Wehrvorlage des Jahres 1913 mit ihrem enormen Geldbedarf kam, absolet gezwungen, in erster Linie den Beschlag mitanzugreifen. Da eine reine Reichsbesitzsteuern- oder Reichsbesitzsteuer unmöglich war, hätte unzweifelhaft eine Einkommensteuer der Ascendenten und Descendenten einzuwirken müssen. Ich habe mir in den Jahren 1912 und 13 alle eckentwischen Mühe gegeben, die prinzipiellen Gegner der Erbschaftsteuer von ihrem Widerspruch abzubringen. Diese meine Versuche sind leider schiefgeschlagen. Deshalb waren die Verbündeten Regierungen gezwungen, einen Ausweg zu finden. Und dieser Ausweg fand seinen Ausdruck in der Wehrvorlage, die vor sich, eine primäre Landesbesitzsteuer und sekundär eine Reichsbesitzsteuernwachststeuer. Die Konventionen wollten uns aber gerade das Stück aus der Wehrvorlage herausstreifen, das wir unbedingt brauchen. Selbst in dem letzten kritischen Moment haben die Konventionen der Regierung nicht diejenige Unterstützung zuteil werden lassen, welche es jetzt rechtfertigen könnte, der Regierung zu sagen: „Du hättest nur fest halten müssen, dann hättest Du die ganze Sache bekommen.“ Man muß doch auch bedenken, wie die allgemeine politische Situation war. Die Annahme der Wehrvorlage war gesichert, wenn gleichzeitig eine Einigung über die Deckung erfolgte. Die Durchführung der Wehrvorlage konnte nicht hinausgeschoben werden. Dafür hätte ich nie und nimmermehr die Verantwortung tragen können. (Beifall.) Deshalb mußte — das ist keine Kapitulation — eine Einigung über die Deckung erfolgen. (Beif. Zustimmung im Zit. und links.) Es gibt Momente, so schwer sie auch für die Regierung sein mögen, wo Kompromisse geschlossen werden müssen. Im Interesse der Einzelstaaten bittete auch ich diese Vermögenswachststeuer in jeder Beziehung. Aber ich habe es für eine noble Pflicht gehalten, auch die schwersten Opfer auf sich zu nehmen, wenn die nötig sind, um die Stärke und die Unabhängigkeit der Nation zu vergrößern. (Beif. Beif. links.)

Abg. Herold (Zit.): Auch wir sind der Meinung, daß der Modus der Aufbringung des Wehrbeitrages, eine Ausnahme bleiben muß, auch wir bedauern, daß die Erbschaftsteuer in dem Besitzsteuerngebot enthalten ist. Ich kann der Regierung den Vorwurf nicht erproben, daß sie zu wenig energisch aufgetreten ist. Es wäre sonst vielleicht die Haltung der Parteien eine andere gewesen. Wir vermüssen die bestimmte Erklärung: Eine weitere Ausdehnung der Erbschaftsteuer und der Vermögenssteuer wird für die Zukunft nicht eintreten. In der Staatsaufbahn werden leider die katholischen zurückgesetzt; das hat auch Jüst Wilam in seinem Werke anerkannt. Die Wehrtruppen, Landwirtschaft, Industrie und Arbeiterfrage in dem sogenannten Kartell der Interessierten Gänge zu vereinen, sind zu begünstigen. Für den Schutz der Arbeitswilligen genügen die heutigen Bestimmungen. Die Initiative zur Vorlage einer neuen Wehrform muß die Regierung ergreifen, nachdem die letzte Vorlage nicht ohne Schuld der Regierung gefallen ist. Allerdings darf das bestehende Wahlrecht unter keinen Umständen veräußert werden. Notwendig wird auch sein, das geheime Wahlrecht einzuführen. Letzt obligatorischen Fortbildungsschulunterricht muß der Religionsunterricht gefordert werden. Wir verlangen Johann mit aller Entschiedenheit die Aufhebung des Jesuliengebot, denn die Jesuiten sind die besten Stützen der heutigen Gesellschaft. (Beif. Beif. l. Zit.)

Abg. Dr. Köchling (nl.): Unsere Finanzen befinden sich dauernd in günstiger Entwicklung. Namentlich durch die Bemühungen des Abg. Dr. Friedberg ist es gelungen, eine Trennung zwischen dem allgemeinen Staatshaushalt und den Einnahmen aus den Eisenbahnen zu erzielen. Der Ausgleichsbescheid hat sich bisher durchaus bewährt und muß weiter bestehen bleiben. Auch wir wünschen die Verlängerung der Deklarationsfrist für den Wehrbeitrag. Die Angriffe des Abg. Windler gegen die Reichsfinanzverwaltung richtet sich auch gegen uns. Ich habe den Ausführungen des Ministerpräsidenten nichts hinzuzufügen. Sobald die finanziellen Schwierigkeiten beseitigt sind, müssen die Steuerzuschläge aufgehoben werden. (Zust. links.) Das beste Mittel, der Volksluft entgegenzutreten, ist die Schaffung von Bauernanstellungen. Inzere Kolonisation und Befriedung der Zirkelkommissionen müssen da einsehen, wo der Bauernstand nicht aufkommen kann oder zu verschwinden droht. Die Polizei des Schutzes der nationalen Arbeit im Sinne des Fürsten Biomar muß mehr gepflegt werden. Damit im Einklang die Güter billig erzeugt und fortbewegt werden können, müssen die Tarife herabgesetzt werden. Ferner muß den Arbeitswilligen ein besserer Schutz gewährt werden. Die Wehrform kann nicht länger hinausgeschoben werden. Wir fordern direkt und geheime Wahl und hoffen, daß auch die Regierung sich aneren Anschauungen anschließt. Wir bedauern, daß in der drauschneligen Angelegenheit die bekannten Bundesratsbeschlüsse aufgehoben worden sind,

lediglich auf die Erklärung des Herzogs, daß er nichts tun und nichts unterließen werde, was sich gegen Preußen richtet. Die Regierung hat nichts gegen die Wehrnegation getan. Die Zaberer Affäre kann nicht Übergangswort werden. Von Herrn v. Jagow will ich nichts sprechen, da er sich nicht selbst verteidigen kann, und wohl auch schwerlich von der Regierung in Schutz genommen wird. (Beif. rechts.) Aber in Zabern ist der größte Bundeshaushalt fortgesetzt durch geringfügige Lebensarten herabgewürdigt worden. Preussische Offiziere wurden mit Grimaßen Töten und Prüfen begrüßt, ohne daß die Zollbehörden einschritten. Man kann es selbst beobachten, daß ganz unzulässige Leute ihrer Freiheit beraubt wurden, aber so hart der Schutz der Freiheit des einzelnen auch sein muß, so steht das Schicksal der Nation tumhoh darüber, und das Schicksal der Nation hängt in letzter Linie ab von der Verfassung des Heeres. (Stärklicher Beifall, rechts.) Die Hauptschuld in der Zaberer Affäre liegt in der Wehrform, die völlig verfehlt hat. Wehrrecht ist nicht effizient durch das vollständige Fehlen des preussischen Elementes in der Wehrmacht. (Beif. Beif. rechts.)

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg: Ich habe volles Verständnis dafür, daß das Empfinden jedes Preußen durch die Zaberer Affäre sehr scharf und unangenehm berührt worden ist. Haben Sie denn nicht aus den Verhandlungen in Straßburg einen ganz anderen Eindruck von der Sache bekommen? Wir selbst, daß auch die Freunde des Wehrrechts jetzt zum Teil eines Besseren belehrt sein müssen. Es ist jetzt verständlich, daß wir die Vorgänge im Elsaß ernstlich im Auge behalten und daß es eine große Sorge der Reichsregierung ist, wie solchen Vorfällen für die Zukunft zu steuern ist. Bezüglich der Frage des Arbeitswilligen habe ich im Reichstage ausgeführt, daß ein erhöhter Schutz der Arbeitswilligen in manchen Beziehungen notwendig sei. Ich habe aber abgesehen, das auf dem Wege eines Ausnahmegesetzes zu machen, sondern nur auf dem Wege des öffentlichen gemeinen Rechtes. Eine Wehrform wird die Regierung dem Parlamente nicht aufzotroptieren. Das Königswort ist eingeleitet worden durch die Vorlage der Wehrform von 1910. Duran, daß diese Wehrform nicht zulande gekommen ist, weiß sich der Landtag nicht darüber einigen konnte, trägt die Regierung keine Schuld. Die Regierung heilt es nicht für angebracht, dem neugewählten Abgeordnetenhause in seiner ersten Tagung eine Vorlage über die Wehrform, welche von der größten politischen Bedeutung ist, zu machen. Ueber die Braunschweiger Frage habe ich mich ausführlich im Reichstage ausgesprochen. Ich bin von Seiner Majestätlichen Hoheit dem regierenden Herzog ausdrücklich ermächtigt (Hört! hört!) vor diesem Hause und vor dem ganzen Lande festzuhalten, daß jede Berufung auf den Herzog für die Fälligung der Wehrtruppen der deutschhannoverschen Partei nicht nur dem Willen Sr. Maj. Hoheit nicht entspricht, sondern diesem Willen direkt widerspricht. (Beif. anß. Beif.) Diese Willensmeinung des regierenden Herzogs ist so bindend und so unumstößlich, daß, wenn Mitglieder der deutschhannoverschen Partei fortfahren wollten, den Herzog für sich in Anspruch zu nehmen, jedermann würde mit, was davon zu halten ist. Für den Herzog sind detaillierte Verträge mit seiner Erläuterung für alle Welt abgelesen. Wenn wir den Prinzen Ernst August zum Wärtter der Partei gemacht hätten, so würden wir die Wehrpartei wesentlich gestärkt haben. Die unbedenklichen Elemente dieser Bewegung brauchen wir nicht höher einzuschätzen als sie wert sind. Die Träumereien dieser Männer brauchen wir nicht traglich zu nehmen. (Beifall.)

Das Haus verliert sich hierauf am Mittwoch vormittag 10 Uhr. — Schluß halb 4 Uhr.

Tagesübersicht.

Deutsches Reich.

Die zweite Kammer im Elsaß-Lothringischen Landtag. Die zweite Kammer des Elsaß-Lothringischen Landtages begann gestern mit der Behandlung der Interpellationen zum Fall Zabern. Es sprachen hintereinander die Abgeordneten Knöppler (Zentr.), Weber (Lothr.), Zmbs (Soz.) und Purger (Fortl.). Alle Redner kritisierten auf das Schärfste das Verhalten der Militärbehörden, während die Elsaß-Lothringische Regierung bis jetzt ziemlich glimpflich weggekommen ist. Nur der Abg. Zmbs leistet sich ein paar temperamentovolle Angriffe. Die Stellung der Regierung vertrat der Staatssekretär Jörn v. Bulach. Seine Rede war mäßig und unentschieden, wie dieses von einem reichsständischen Beamten nicht anders zu erwarten ist. Er ging nochmals die Vorgänge in Zabern durch und erklärte, die Regierung habe die strenge Wahrung erteilt, mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Das Urteil des Kriegsgerichts ist gesprochen und zu adten. Bezüglich der den Geist, der diesen Landtag besetzt, war der Umstand, daß lauter Widerspruch auf allen Seiten des Hauses erkante, als der Staatssekretär betonte, daß das Meer der Fels sei, auf dem die Macht und die Größe des Reiches ruhe.

Aufland.

Antaschen der revolutionären Bewegung in Auf-sich-Polen. Ein starkes Anwachsen der revolutionären Propaganda, besonders in den Grenzgebieten Russisch-Polen, ist nach Feststellung der Döwona zu verzeichnen. In großen Mengen werden revolutionäre Flugblätter und Zeitungen aus dem Ausland eingeschmuggelt und unter den Arbeitern des polnischen Industriezweiges verbreitet. In Warschau haben Massenversammlungen stattgefunden, bei denen von der Polizei ganze Stöße revolutionärer Schriften gefunden wurden.

Taufen in Madjowostok. Ein Taufen von unannehmer Gewalt hat in der Stadt und der Umgebung gemüht. Zahlreiche Häuser wurden demoliert und die Dächer abgedeckt. Bäume sind geknickt und entwurzelt. Mehrere Häuser wurden in den Straßen von Dökan zerstört und ganze Straßenteile fortgeschleudert. Auf einer Bergstraße geriet ein Zehnwerk in den Lindwirdel und wurde in den Abgrund gestürzt. Der Führer des Gefährtes und das Pferd fanden sterbend den Tod.

Vom Balkan.

Es gab Balkan Pläne. Zu den Meldungen, daß sich Esad Pascha nunmehr auch mit den Malissorenkapitänen in Verbindung setzt und sie durch Geldgeschenke auf seine Seite zu ziehen sucht, äußert sich der gegenwärtig in Wien weilende angehende albanische Geistliche Don Risti folgendermaßen: Die letzten Ereignisse werfen ein neues Licht auf die Haltung Esad Paschas. Er intrigiert im Norden und im Süden. Im Norden will er die Mohammedaner durch Schüren ihres Fanatismus und die Malissoren durch Geld gewinnen, im Süden greift er Albanien an, um es sich zu unterwerfen. Ich glaube nicht, daß Esad Pascha für einen mohammedanischen Fürsten arbeitet, aber ich nehme an, daß er danach strebt, sich dem neuen Fürsten, dem Prinzen zu Weid, als Herrscher von Albanien zu zeigen, um seine Position zu festigen. Indem Esad Pascha auf diese Weise seine eigenen Ziele verfolgt, dient er damit fremden Interessen. Wir erwarten vom Prinzen zu Weid, daß er diesen gefährlichen Intriganten hinhaltet. Jeden Kompromiß mit ihm würde den Prinzen kompromittieren.

Südeuropa.

Kriegszustand in den Balkanstaaten. Nach den letzten Depeschen aus Johannesburg hat die geplante Abstimmung des weiteren Verhaltens gestern dort stattgefunden. Sie ergab eine überwältigende Mehrheit aller Bränden für den allgemeinen Ausstand. Weitere Telegramme aus Süd-Afrika bezeichnen die Lage am Rande als sehr ernst. Man fürchtet, daß die Minenarbeiter schon heute den Ausstand antreten werden. Hiermit dürfte erst die eigentliche Gefahr beginnen, da diese Arbeiter viel ungeschult sind als die Eisbahner. Die Regierung hat ein liegendes Korps von 200 Vermohten Bürgern gebildet, das nach jedem bedrohten Punkte gerufen werden kann. Im ganzen Rande werden die Kräfteungen wie zu einem Arztee fortgesetzt.

Japan.

Ausbruch eines Vulkan. Eine Vulkantrophe hat die alte japanische Stadt Kagoshima getroffen. Die Ursache des Ausbruchs war eine Explosion des Sogachima-Vulkans auf der Insel im Gasse von Kagoshima. Der erste Ausbruch erfolgte am Samstag früh. Heftige Perleblöde wurden 900 Meter weit und 91 Meter hoch geschleudert. Ströme gelber Lava ergossen sich in kurzer Zeit über die drei Hügel der Insel, deren Bewohner sich in wilder Flucht auf das Festland retteten. Die Zahl der Todesopfer dürfte mehrere Hunderte betragen. Das Feuer dehnte sich auf einige Häuser des Festlandes aus. Weitere Explosionen brachten schließlich die brennende Lava bis Kagoshima, das in kurzer Zeit in seinen Flammen stand. Am Sonntag war die Stadt, die 7000 Einwohner zählt, vernichtet. Weitere Ausbrüche verführten am Montag abend mehrere Eisenbahnlinien auf eine Strecke von 12 Kilometer. Die Verbindung mit dem Festlande ist vollkommen unterbrochen. Drei kreuzschiffsgeschwader sind zur Hilfeleistung abgegangen.

Bereinigte Landwirte.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß sich unsere Vereinigung am Montag mit dem Verband der Brauereien zu Frankfurt a. M. dahin geeinigt hat, daß der Preis der Treber auf Mk. 1.60 per Zentner ab Brauerei ermäßigt wird. Diese Preisermäßigung kommt nur den Mitgliedern zugute. Der Vertrag ist auf drei Jahre abgeschlossen.

Der Vorstand.

Aus der Heimat

- * Friedberg, 11. Jan. Donnerstag den 11. d. M. findet in Friedberg nachmittags 5 1/2 - 7 Uhr im südlichen Saal über den Friedhöfen (Eingang Hauptstraße) Sprechstunde für Alkoholtrinker statt. Es wird dort an Alkoholtrinker und Angehörige von Trunksüchtigen unentgeltlich Rat erteilt.
- * Friedberg, 14. Jan. Der Artillerie- und Pionierverein feiert Kaisers Geburtstag am Sonntag, den 18. Januar im Saalbau des Herrn R. Reich.
- * Friedberg, 14. Jan. Im Spielplan des Zentral-Theaters in der Zeit von 14. bis 16. Januar, steht das kostbare Drama „Der Seelenverkäufer“. In der Hauptrolle die eleganteste Schauspielerin des Reichs Olga Helene Simonova und Jurieff, sämtlich vom kaiserlichen Alexandriner-Theater in St. Petersburg. Das ganze Programm ist erstklassig und umloht außerdem „Wilde Journal 247b“. „Johann reimt die Schornsteine“, komisch; „Troppe Matara“, „Noll im Gutshof“, komisch und „Schmann und sein Liebchen“ latvie dierde Einlagen.
- * Friedberg, 14. Jan. Gestern Abend gab in dem hiesigen Saalbau das Illiputaner-Schauspiel-Gesellschaft, an dem die reinsten Schauspieler der Welt mitwirkten, eine Vorstellung, die sich „Studentenlieben“ betitelt. Die verschiedenen Rollen wurden von den kleinen Herrschaften, die im höchsten Sinne des Wortes Künstler zu nennen sind, vortrefflich gespielt. Der Erfolg war ein voller und die Darbietungen erzielten lebhaften Beifall. Der Saal war bis zum letzten Platz besetzt, ein Beweis daß dem Ensemble ein guter Ruf vorausgegangen war. Auch die Hinderstellung am Freitag: „Der gestiefelte Kater“, war gut besucht und die Kinder waren entzückt von den herrlichen, ihr junges Gemüt anregenden Darbietungen. Die Ausstattung ist auch eine sehr gute und den Handlungen sehr geschickt angepaßt. Am nächsten Freitag werden wieder zwei Vorstellungen gegeben. Mittags wieder eine für Kinder: „Schneewittchen und die 7 Zwergen“. Das Stück, in dem die Huerge auch von richtigen Zwergen gespielt werden, verhielt sich sehr viel und sollten es

die Eltern nicht versäumen, ihren Kindern diesen Genuß zu bereiten. Am Abend kommt dann das reizende Lustspiel: „Eine Million“ zur Aufführung, dessen Besuch sehr zu empfehlen ist. Wer einer Vorstellung des Illiputaner-Ensembles beigewohnt hat, wird voll befriedigt nach Hause gehen.

* Ulfers, 14. Jan. Da im vorigen Sommer die Sperrlinge an der Frucht großen Schaden angerichtet hatten, hat der hiesige Gemeinderat beschlossen, für jeden beim Gemeinderat abgelieferten Sperrling sechs Pf. zu vergüten. Ein „Spezialvertrag“ hat daher seit einigen Tagen hier eingelebt.

* F. C. Frankfurt a. M., 14. Jan. In der zweiten Novemberwoche vorigen Jahres begann ein Sinken der Schweinepreise, das auch im neuen Jahre angehalten hat. Am Montag gingen die Schweinepreise auf dem Frankfurter Markt gegen die Vormoche wieder 3-4 Pfennig zurück und wurden pro Pfund Schlachtgewicht für vollfleischige Schweine von 80-100 Kilo 70-72 Pfennig gegen 72-75 Pfennig in der Vormoche, für vollfleischige Schweine unter 80 Kilo 69-71 Pfennig gegen 72-75 Pfennig in der Vormoche bezahlt. Auf dem Montag-Markt war ein so starker Auftrieb von Schweinen zu verzeichnen, gleich 2748 Stück und ebenso von Rindern gleich 1543 Stück, wie es nur äußerst selten vorkommt. Ein ähnlich hoher Auftrieb von Rindern und Schweinen zu gleicher Zeit, nämlich 1568 Rinder und 2818 Schweine war am 17. März 1913 zu verzeichnen. Nicht allein schlachtfähige Schweine, sondern auch schlachtfähige Rinder, vor allem vollfleischige, ausgemästete Kühe, löschten Schlachtgewicht, sehen zur Zeit auf dem Lande genügend. Infolge dessen sind auch die Preise für die letztere Gattung Tiere etwas in der Walfschweinegegend. Für die Konsumanten hat sich dies in den ländlichen Orten und mittleren Städten, mit Ausnahme von Friedberg, bereits spürbar gemacht, da dort die Metzger für ihre prima Schweinefleisch nur 80 Pfennig, für prima Rindfleisch den gleichen Preis pro Pfund fordern. In Handelskreisen nimmt man an, daß nicht nur ein weiteres Sinken der Preise für Kühe, sondern sogar ein merklicher Rückgang der Preise für Rindfleisch, bald folgen dürfte. — Auch auf dem Montagmarkt in Wiesbaden sind die Preise für Schweine um 2-3 Pfennig pro Pfund Schlachtgewicht durchschnittlich heruntergegangen. Dennoch sind die in Wiesbaden am Markt bezahlten Preise zwei Pfennig pro Pfund höher als in Frankfurt a. M.

Wesien-Raffan.

* Weheim, 14. Jan. Der Tagelöhner Johann Stamm aus Weheim i. L. war vor nicht allzulanger Zeit wegen eines Diebstahles eines Sacks Getreide vom Speicher des Rathhauses in Weheim zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gestern erhielt er erneut 2 Monate Gefängnis von der Wiesbadener Strafkammer, weil er etwa um dieselbe Zeit vom Rathhausspeicher drei der Gemeinde Weheim gehörige vom Schulhaus abgenommene Fensterbänke gestohlen hatte.

* Oberursel, 13. Jan. Auch die letzte Wahl eines Vorstehers zur allgemeinen Ortsrentenkasse ist eingeleitet erschienen. Die fortschrittliche Volkspartei zog die Kandidatur des Abt als aussichtslos zurück und schlug H. Weiler vor. Herr Weiler fand bei den Arbeitnehmern keine Unterstützung, sondern es wurde von diesen wieder Herr Hülich (Sozialist) benannt, mit der Begründung, daß sie an erster Stelle stehen seien, den Vorstehern zu stellen, da aus von den Mitgliedern die meisten Beiträge, zwei Drittel zu zahlen seien. Nach vergeblichen vergeblichen Bemühungen sich auf einen dieser Kandidaten zu einigen, erklärten die Arbeitnehmer (Soz. und Zentr.) nachgeben und einen Arbeiter wählen zu wollen, aber nur Herrn Raban (bei letzter Partei). Bei der Abstimmung erhielt Herr Weiler bei den Arbeitgebern 2 Stimmen, und Herr Raban 1 Stimme; bei den Arbeitnehmern Herr Weiler — Stimmen und Herr Raban 6 Stimmen. Das Besetzungsgesamt einmütig ist den Vorstehern, da keiner der beiden Herren eine Mehrheit aus beiden Gruppen erreicht hat. — Im Handelsregister ist für die Firma Wörlin u. Wöhl eingetragen: den Kaufmann Karl Stromberger und Franz Meißer ist Einzelprokura erteilt, jeder derselben ist berechtigt, die Firma allein zu vertreten. — Für die Fortsetzung der Straßenunterführung am Oberste des Oberste des Bahnhofs (Wohnübergang bei Sommerstein) sind als weitere Note 150 000 Mark; für Erweiterung des Gütersteppens hierüber 45 000 Mark im preussischen Etat vorgesehen.

* Wülfingen i. L., 14. Jan. Der 75jährige Feldhüter Adam Martin zog sich durch einen unglücklichen Sturz recht schwer Verletzungen zu, die seinen Tod nach kurzer Zeit befehrten.

* Niederrhein, 13. Jan. Am Dreifaltigkeitstag fand hier eine Verammlung statt wegen eines zu gründenden Arbeitervereins. Demselben traten sofort 44 Mitglieder bei. In den Vorstand wurden gewählt: Lehrer Abel, Volkshüter; Th. Weidenberger, Kasseier; Gilberg, Schriftführer und zu deren Stellvertretern Theodor Winger, Briefträger Spiel und Jakob Müller, außerdem 5 Beisitzer.

* Rünster i. L., 13. Jan. Auf der hiesigen Station der Höchst-Königsleiner Bahn fuhr gestern früh 7 Uhr der von Höchst kommende Personenzug seinem Wegzug, dessen letzte Wagen in der Weide standen, in der Hänge. Dabei wurden zwei Wagen umgeworfen. Die Maschine erlitt schwere Beschädigungen und mußte außer Dienst gestellt werden. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der Höchstler Zug das Abfahrtszeichen erhielt, während der Königsleiner Zug noch mit den Wagen in der Weide hielt, die erstere zu durchfahren hatte. Personen kamen nicht zu Schaden. Der Verkehr mußte durch Umsteigen ausgedrückt erhalten werden.

* Cronberg, 13. Jan. Eine im Frankfurter Hof stattgefundene außerordentliche Generalversammlung der Cronberger Eisenbahn-Gesellschaft, in der 19 Aktionäre anwesend waren, die mit 2841 Stimmen 252 300 Aktienkapital verteilten, genehmigte einstimmig den Übernahme des Gesellschaftenvermögens

als Ganzes an den preussischen Staat und beschloß die Auflösung der Gesellschaft ohne Liquidation. Die abgeklärten Verhandlungen kamen bereits 1911 in Fluß, als die Bahngesellschaft zur Erweiterung des Adelheimer Bahnhofes mit einem großen Betrag zugezogen werden sollte, der zwar ein Einspruch bezugsetzt wurde, aber immer noch in Betrachtung war, daß dann eine Renkierung der Bahn zur Unmöglichkeit ward. Ferner beständete man durch einen geplanten Umbau der Linie zu einer elektrischen Bahn eine Verkehrserschwerung in die Gedult und Güterbeförderung und den Winterverkehr, den den Sommerverkehr zu überfüllen im Begriff ist. Da sich die Geldbeschaffung für die Beteiligung am Adelheimer Bahnhofneubau schwierig gestalten sollte, stellte man formell den Antrag auf Verstaatlichung der Bahn. Die Regierung fand der Gesellschaft bereitwillig entgegen und bestellte für spätere Erneuerungsarbeiten an der Bahn die Bereitstellung von Mk 1 200 000 in Aussicht, 600 000 Mark mehr, als je früher von der Gesellschaft geordert wurde. Dem genehmigten Betrag zufolge gehen Vermaltung und Betrieb von 1. Januar ab für Rechnung des Staates. Ähnliche Besätze der Bahn werden in den Staatsdienst übernommen, sofern nicht besondere Eingelverträge vorliegen. Voraussetzungslich wird die Bahn vom 1. April ab der Eisenbahndirektion und ihren einzelnen Betriebsabteilungen unterstellt.

* Hirschheim, 14. Jan. Gestern früh fuhr auf der hiesigen Station ein Güterzug an einem Personenzug vorüber. Dabei rief er an eine offenstehende Wagentür und rief mit dieser die ganze Wand des Wagens auf. Die Reisender konnten sich noch rechtzeitig durch einen Sprung auf die andere Seite retten.

* Zum Mordmord im sachsen Grund. Zu dem am 5. d. M. gegen 10 Uhr abends occidiren Mord (!) im goldenen Grund erfahren wir noch: Der getötete Landwirt Peter Sed 4. in Eisenbach wird von Eisenbacher Bürgern als ein gewalttätiger und brutaler Mensch geschätzt, der ganz besonders im betrunkenen Zustand sehr zu fürchten war, zumal er ohnehin körperlich gut entwickelt, über bedeutende Kräfte verfügte. Sein 75jähriger Sohn Peter, der Täter, ist von ihm häufigen Körperlich und war seinem Vater in keinem Falle gemessen. Dies dürfte an und für sich schon die von Sed Jun. ausgeleitete Behauptung, er habe gegen seinen Vater in Rache gehandelt, unterstützen. Des weiteren macht er aber auch geltend, daß sei Vater mit einem Messer auf ihn eingehungen sei. Das Messer scheint bei dem Getöteten schon früher einmal eine Rolle gespielt zu haben, hat er doch verschiedene Verletzungen wegen Körperverletzung, u. a. eine monatliche Gefängnisstrafe erlitten, weil er keine Schulpflichtmutter mit einem solchen Messer maltretierte. In dem in Frage stehenden Mord bekehrte Sed Jun. schwer betrunken von Niederfelders heim und brach, kaum zu Hause angekommen, einen gewaltigen Streit mit dem Sohn. Die beiden jünger, 8 und 13jährigen Kinder des Sed schickten darauf aus dem Haus und ließen weithin hörbares Geheul aus. Sed Jun. folgte ihnen und wollte sie wieder ins Haus treiben. Die Kinder kehrten aber von selbst zurück und begaben sich in die Küche. Sed Jun. der sie in der Stube wählte, legte sich dorthin und schlieferte mit Frau und Sohn weiter, erliche, wie Peter angibt, in Zärtlichkeiten aus; darauf die von Sed Jun. abgegebenen und von Nachbarn gehörenden Schüsse fielen. Nachdem der alte Sed die Schüsse erhalten, stürzte er aus dem Hause, laumelte und brach vor dem Tore in seinem Blute zusammen, wurde also nicht von Sed Jun. dorthin getragen. Nachbarn, die den Getroffenen aus dem Hause monten sahen, und nach seinem Zusammenbruch höfchen löten, wußten nicht, ob dies eine Folge der Schüsse oder des genossenen Alkohols waren. Der Sohn Peter trante sich, wie er angibt, nach der Tat nicht mehr vor des Haus. Wie wir weiter hören, konnte noch nicht einwandfrei festgelegt werden, ob die Schüsse dem Verletzten in den Hinterrücken gebrungen sind.

* Strauch, 13. Jan. Auf der hiesigen Blei- und Kupferhütte stürzte von einem Geländebau ein mit 100 Zentnern beladener Förderwagen ab und fiel auf den in der Nähe schwebenden Arbeiter Roskopf, der zerquetscht und auf der Stelle getötet wurde. Ein zweiter Arbeiter wurde erheblich verletzt.

Aus Starkenburg.

* Offenbach a. M., 14. Jan. Ein blutiges Eiferstichodrama spielte sich hier ab. Die über beleumundete Franziska Grubert, Glodengasse 22, unterhielt mit dem 19jährigen Selogenheitsarbeiter Paul Wöhler ein Liebesverhältnis. In den letzten Tagen zeigte sie aber mehr Zuneigung zu dem 19jährigen Gelegenheitsarbeiter Karl Krug. In der Nacht nun befand sich Krug in der Wohnung seiner Geliebten. Wöhler, der dies erfuhr, drang bei ihnen ein, worauf alsbald zwischen den beiden Männern eine wilde Kauererei entstand, in deren Verlauf Wöhler den Krug mit einem feststehenden Messer 5 Stiche in den Kopf, Hals und Arme bekrachte. Der Schwereverletzte lag, nur mit dem Hemd bekrachte, bis zum Markt, mo ihn eine Schutzmannspatrouille aufgriff und nach Anlegung eines Verbandes durch die Rettungswache ins hiesige Krankenhaus brachte. Die Verletzungen sind lebensgefährlich. Wöhler wurde festgenommen. — Der von der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern wegen Diebstahls hiesig verurteilter Tagelöhner K. Köber aus Kaiserslautern wurde in einer hiesigen Herberg festgenommen und dem Gericht zugeführt.

Wie unsere Leser aus dem Inserat der heutigen Nummer erfahren, veranstaltet das in der Weiden rühmlichst bekannte Schützenhaus Fritz Wiedering am Samstag anfangend seinen ersten Januarmusikerkonzert. Die streng reellen Gewandstücke der Firma sichern dem Käufer gegen bedeutende Verluste und sei deshalb die: selbste Seligenheit, gute Schuhe zu herzusprechen zu erfahren, unseren Lesern bestens empfehlen.

Frankfurter Wetterbericht.

Voraussetzt: Vorwiegend trübe, vereinzelte Schauer mit Frost, nachts kalte Winde.

Berichtswortlich i. d. Schriftleitung: Otto Ditzel, Frankfurt a. M. für den Angehörigen: Karl Schmidt, Friedberg i. H. Grund u. Verlaß d. Neuen Tageszeitung „N. G. Friedberg i. H.

Hopf vor dem Schwurgericht.

Frankfurt a. M., 13. Januar.

Zweite Verhandlungstag.

Die nichtöffentliche Sitzung dauerte nur kurze Zeit; dann wird in die weitere Verhandlung eingetreten.

Die Beweisaufnahme beginnt mit der Vernehmung einzelner Zeugen, mit denen Hopf zu tun hatte. Hierbei wurde natürlich wieder die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Dann berichtet Kriminalinspektor v. Salomon über die Maßnahmen, die bei der Verhaftung des Hopf am 15. April a. J. getroffen wurden, und über die ersten Vernehmungen des Angeklagten. Herr v. Salomon hatte von Frau Hopf gehört, daß Hopf meistens Gift bei sich trage. Deshalb wurde besorgt, ihn nicht in seiner Wohnung zu verhaften, sondern aus der Straße, wenn er von einem Besuch seiner im Diakonienheim aus darüberliegenden Frau zurückkehrte. Man hielt ihn sofort die Hände fest und fand denn auch in seiner Westentasche ein Fläschchen mit Cyanid. Bei seiner Vernehmung sagte Hopf auch, er hätte das Gift genommen, wenn sich die Beamten nicht so beeilt hätten. In dem stundenlangen Verhör gab Hopf ja, er habe schon vor der Hochzeit den Plan gefaßt, seine Braut hoch zu verharn und dann durch Gift zu töten. Er habe der Frau Digitalis und im Februar auch Arsen gegeben. Von den Kugeln wüßte man damals noch nichts. Jemand eine Uebertreibung habe nicht haltgehalten, der Zeuge hat auch den Angeklagten nicht im Zweifel gelassen, unter welsch schwerem Verdict er steht. Hopf erkundigte sich genau, welche Strafe ihn treffen könne, und der Zeuge sagte, auf Giftmord siehe Todesstrafe, aber ein offenes Geständnis könne bewirken, daß er begnadigt werde.

Frstl.: Nun, Hopf, ist das richtig, was der Zeuge sagt?
Angell: Im Großen und Ganzen ja. Aber —
Frstl.: Aber jetzt widerrufen Sie Ihr Geständnis.
Angell: Ich widerrufe nichts, aber —
Frstl.: Wollen Sie nicht Ihr Gewissen erleichtern? Sie haben der Frau Arsenik gegeben, um die Verschönerungsumme zu bekommen.

Angell: Nein.
Frstl.: Welchen anderen Grund haben Sie dann gehabt?
Angell: Darüber kann ich keine Aussage machen.
Zeuge v. Salomon: Es ergab sich nur ein kleiner Widerspruch. Er hatte erst gesagt, schon vor der Hochzeit habe er den Plan gefaßt; dann sagte er, der Plan, sie zu verhaften und dann zu töten, sei ihm erst nachher gekommen. Als das im Protokoll geändert wurde, sagte Hopf: So stimmt's.

Auf den Vorgesetzten folgen die beiden Untersuchungsrichter Landrichter Dr. Mühl und Landgerichtsrat Göting. Es schen ihnen wiederholt, als ob Hopf geneigt sei, alles einzugehen, aber es kam nicht dazu. Als ihm Landrichter Mühl sagte, in der Leiche seines Kindes sei Arsen gefunden worden, sagte er: Das kann doch nicht möglich sein. Das muß irgend ein anderer getan haben, um mich zu schikanieren. Mit der Ausrede, er habe der Leiche des Kindes Arsen eingeschüttet, kam er erst viel später. Von seiner ersten Frau behauptete Hopf, sie sei an einem Magenkrebse gestorben. Als dieser Fall mit ihm vom Untersuchungsrichter besprochen wird, wollte er sich erst mit seinem Verteidiger besprechen und sagte im nächsten Verhör, der Verteidiger habe gemeint, die Geschwornenen würden ihn doch schuldig sprechen.
Verteidiger Dr. Sinzheimer: Klärt diese Aeußerung

dahin auf, daß er dem Hopf gesagt habe: „Wenn Sie der Frau Arsen gegeben haben, dann hindert das, was Sie von dem Magenkrebse sagen, die Verurteilung nicht.“

Dem Rat Göting sagte Hopf bei seiner Vernehmung: „Ich will heute noch kein Geständnis ablegen.“ Als man ihm mitteilte, auch in der Leiche seiner Mutter sei Arsen gefunden worden, sagte er zunächst, das könne er sich nicht erklären. Mit der Erklärung von den Arsenisprünge in die Leiche der beiden Kinder kam er erst später. Auf die Frage, warum er das nicht gleich erklärt habe, sagte er, er habe bereits seit Wochen die Absicht gehabt, es zu sagen, habe aber immer nicht gewußt, ob er es sagen solle. Die Erklärung, seine erste Frau habe sich zwei Schachspiel Schachspillen kommen lassen, machte er erst am 15. September, nachdem er seit dem 15. April in Untersuchungshaft sei und duzend Male vernommen worden war, in einer Eingabe an das Gericht. Den Untersuchungsrichtern habe er davon kein Wort gesagt.

Der bei den Wälerworten beschäftigte Herr Philipp Dürr hat sich infolge der Zeugenaussagen über die verschiedenen Giftmordfälle als Zeuge gemeldet. Er kann einiges über den am 19. Februar 1895 erfolgten Tod von Hopfs Vater bezeugen. Frau Hopf erzählte ihm, ihr Mann habe plötzlich Erbrechen und Durchfall bekommen und sei dann kurz darauf gestorben. Er habe der Frau geraten, sie solle die Leiche sezieren lassen, sie habe ihm dann erzählt, die Leiche sei von dem (inzwischen verstorbenen) Dr. Weil sezirt worden, der habe aber nichts gefunden. Später habe ihm Dr. Weil gesagt, er habe die Leiche gar nicht sezirt. Das sei ihm verdächtig vorgekommen.

Herr Dr. Sinzheimer: Sie haben sich selbst als Zeuge gemeldet. Sie hatten wohl die alte Frau im Verdict, daß sie ihren Mann vergiftet habe.

Zeuge: Es ist mir auf, daß der Mann sein Bett selbst machen mußte.

Herr: Sie haben angenommen, daß die alten Leute gut zusammen lebten. Es sind aber Zeugen da, die das Gegenteil bezeugen.

Nach der Vernehmung dieser Zeugen wird wiederum die Öffentlichkeit — auch für die Presse — ausgeschlossen.

Es handelt sich, wie es scheint, bei diesen Zeugen um den Tod von Hopfs unehelichem Kinde. Als Hopf 1894 in Würzburg bei Jbslein das Futtermittelgeschäft anfang — er war damals noch ledig — fing er durch ein Verhältnis mit seiner damaligen Haushälterin Elise K. an. D diesem Verhältnis entsprang am 16. April 1895 ein Knabe Karl, der nach Jahresfrist starb und dessen Leiche ebenfalls Spuren von Arsen aufwies.

Gegen 12 Uhr tritt eine halbstündige Pause ein.

Aus der Heimat

Friedberg, 14. Jan. Der Verein ehemaliger Besucher der hiesigen Blindenanstalt beabsichtigt in unserer Stadt ein Blindenlokal zu gründen, und hat schon einen kleinen Fonds angeammelt.

Friedberg, 14. Jan. Ein interessantes Verhandlungsergebnis zeitigte die Submission zur Herstellung des Bohnhofs-Landbahn Nieder-Olmun. Es wurden folgende Angebote an die Eisenbahnbehörde abgegeben: Gebr. Schäfer-Sünfeld 53 179.— M. S. Reuß-Friedberg 57 527.— M. Otto Conrad-Berlin 60 289.— M. S. W. Kinn-Giechen 62 479.— M. August Görtner-Fulda 63 382.— M. Koch- und

Liefbau-Gesellschaft Giechen 68 122.— M. Johann Chr. Mühl-Kengersbach 70 612.— M. Ad. Krümer-Darmstadt 77 861.— M. B. Bichel-Bebra 80 596.— M. S. Bender-Giechen 83 562.— M. Chr. Beyold-Godesberg 84 742.— M. Chr. Frey-Lich 101 800.— M. Heinrich Seim-Lauterbach 106 274.— M. Bei den 13 Offerten ist das billigste Angebot genau um die Hälfte kleiner, als die höchste Forderung. Dabei handelt es sich meist um Arbeitslöhne. Wer hat hier falsch gerechnet?

Bad-Nauheim, 13. Jan. Die Gesamtfrucht des Bades im Jahre 1913 betrug 34 951 Kugeln, wovon 25 147 Deutsche und 9804 Ausländer waren. Von den letzteren entfielen auf: Afrika 90; Amerika 1667; Älien 26; Australien 5; Belgien 168; Bulgarien 9; Dänemark 77; Frankreich 290; Griechenland 5; Großbritannien und Irland 885; Holland 454; Italien 88; Luxemburg 33; Monaco 1; Norwegen 64; Oesterreich 783; Ungarn 317; Portugal 61; Rumänien 153; Rußland 4214; Schweden 114; Schweiz 211; Serbien 24; Spanien 42; Türkei 23. — Bäder wurden insgesamt 450 520 abgegeben und zwar wurden gefertigt:



Der beste Zusatz zum Bohnenkaffee ist Kathreiners Malzkaffee. Je mehr Malzkaffee man zusetzt, umso bekömmlicher wird das Getränk. Der Gehalt macht's!

Ich lasse Dich nicht.

Original-Roman von S. Courtth-Mobler.

116

(Fortsetzung.)

„Wenn ein Mann wie ich einmal liebt, so ist es auch fürs ganze Leben. Sonja ist und bleibt meinem Herzen teuer. Ihre Mutter war eine edle, hohberige Frau, ihr Vater ein armer, irrender Mensch. Wir sind allzumal Sünder, — ich wies auf niemand einen Stein. Und wenn Sie, durchsichtigste Tante, in meinem Herzen mit Ihren Worten eine Hoffnung wecken wollen, daß Sonja einst mein eigen werden könnte, so kann ich nichts weiter empfinden, als eine heiße, innige Freude und Dankbarkeit.“

„So würden Sie also Sonja zu Ihrer Gemahlin machen, wenn ich Ihnen die pekuniäre Möglichkeit dazu schaffen würde?“

Kaganoffs Augen leuchteten. „Ich rötelte sich sein Gesicht. „Fragen Sie einen Dursenden, ob er trinken, einen Wunden, ob er leben möchte. Ich, Sie wissen nicht, wie ich Sonja liebe. Nichts, nichts hielt mich von ihr zurück, als meine Armut. Und wenn ich sie erringen kann, dann schmeißt mein Stolz — dann ist es mir keine Demütigung, wenn Sie mir die Mittel herüber, Sonja ein sorgenloses Leben zu schaffen. Erst seit ich Sonja kenne und liebe, ist mir meine Armut so recht drückend erschienen, weil sie mir die Möglichkeit nahm, sie mir zu erringen.“

Maria Petrovna schloß aufstehend seine Hand.

„Gottlob — nun sich die Zukunft Sonjas nicht und soviel vor mir. An der Seite eines Mannes wie Sie, Nikita, muß eine Frau glücklich werden. Aber nun, — wie bekommen ich Sonja wieder? Ich, Sie oben nicht, Nikita, was mir dieses rote, stolze Kind ist. Wenn mich mein Verdict nicht gerade jetzt an das Zimmer schickte, würde ich mit dem nächsten Zuge hinter ihr verschwinden.“

Nikita blinnte lebhaft und blickend auf.

„Lassen Sie mich zu ihr eilen, durchsichtigste Tante.“

Krieg er hervor.

„Ich lasse dich nicht.“

„Damit kommen Sie meinen Wünschen entgegen Nikita. Wenn Sonja Sie liebt, werde ich ihr keinen besseren Fürsprecher senden können. Ist es Ihnen möglich, so gleich abzureisen. Ich muß verstehen, daß ich keine ruhige Stunde mehr haben werde, bis ich das Kind wieder habe.“

„Gewiß, ich kann mich schnell freimachen, und an mir soll es nicht liegen, wenn Sie nicht sehr bald Ihre Ruhe wieder erlangen.“

„Gut, gut! — Meine Amerikaner kann Sie begleiten. Sie muß in diesem Falle einmal das Amt einer Ehrenbame übernehmen. Wann können Sie reisen?“

„Wozumal schon, durchsichtigste Tante, ich fahre heute noch nach Hause, um einige Vorbereitungen zu treffen. Morgen früh mit dem ersten Zuge reise ich ab. Ich, wie danke ich Ihnen für dieses Zeichen Ihres Vertrauens. Sie sollen sich nicht in mir geärgert haben.“

„Davon bin ich überzeugt, Nikita. Ich wünschte nur, Sie wären erst bei dem Kinde. In welcher Stimmung muß sie aus meinem Hause geflohen sein? Ich, und für welsch ein Ungeheuer mag sie mich gehalten haben! Sie müssen ihr sagen, Nikita, wie sehr sie sich in mir geliebt hat, wie sehr ich mich sehne, sie an mein Herz zu nehmen. Ich will Ihnen noch erzählen, wie mich damals die Nachricht von der Schuld und dem Tode meines Sohnes traf. Das sollen Sie Sonja berichten, damit sie ihrer Großmutter gerecht wird.“

Sie ergänzte dieses Verdict mit kurzen, hastigen Worten, die aber Nikita zur Genüge vor ihren Schmerzen überzeugten. Mit erschütterter Zärtlichkeit küßte er ihr dann die Hand.

„Ich will Sonja das alles sagen — und sie wird mir mit Freuden folgen und auch einsehen, daß sie Ihnen sehr untreu ist.“

Sie besprochen noch einiges Notwendige, und Maria Petrovna stellte Nikita einen Scheck aus, damit er genügend mit Geld versehen war. Er sollte auch Sonja eine Summe zur Verfügung stellen für den Fall, daß sie Ausgaben haben würde.

Mit Nikita sich verabschiedet hatte, fühlte Maria Pe-

trovna erst ihre Schmerzen wieder. Sie ließ sich von ihrer Kammerfrau gleich wieder heiße Umschläge machen und sie spürte darauf auch bald Binderung.

Dann sagte sie ihrer Kammerfrau, daß sie sich für den nächsten Morgen zur Abreise nach Deutschland bereit halten sollte.

Die Kammerfrau staunte nicht wenig über diesen überraschenden Auftrag. Laufend Fragen standen in ihren Augen, aber sie war wie eine gut geschulte Dienerin, um eine davon laut werden zu lassen. Und die Fürstin gab ihr vorläufig auch keine nähere Erklärung. Nur daß sie Gräulein Sonja auf der Rückreise begleiten, und daß sie für diese den neuen Pelzmantel mitnehmen sollte, sagte sie ihr.

Als sich Nikita Kaganoff am nächsten Morgen im Valois Kolonny einfand, war Maria Petrovna schon nach. Sie begrüßte ihn warm und herzlich und sagte dann lächelnd:

„Ich habe doch lieber selbst noch einen Brief für Sonja geschrieben, den Sie ihr übergeben sollen, Nikita. Sie können über dem Wiedersehen mit ihr vergessen, mit ein ich: eifriger Fürsprecher zu sein. Da will ich meine Sache selbst führen. Und nun geben Sie mit Gott, Nikita. Bringen Sie mir mein Entschien zurück — und für sich die Erlaubnis.“

Er küßte ihr nur stumm die Hand. Der Brief der Fürstin an ihre Enkelin war adressiert: „An die Fürstin Sonja Kaganoff.“ Und der Inhalt lautete:

„Mein teures, geliebtes Kind! Warum verläßt Du Deine Großmutter so roh und stolz? Wählst Du, wie sie sich nicht, die Tochter ihres heißgeliebten, oh, wie schmerzlich betraueren Sohnes in Liebe zu umhüllen. Kommet Du wirklich glauben, seine Mutter habe in seinen Tod gewilligt? Dann weißt Du nicht, was ein Mutterherz empfindet. Ich, mein Liebling, meine Sonja, kehre schnell zu mir zurück, damit ich Dir sagen kann, wie sehr Du mir Mitleid getan. Komme heim an mein Herz, in mein Haus, das Deine wahre Heimat ist. Komme schnell, — ich bin alt und habe keine Zeit zu warten. Komme, meine Sonja, zu Deiner Großmutter.“ (Fortsetzung folgt)

